

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Redaktion: Zeitungsplatz 10, Tel. 25201. Druckerei: Zeitungsplatz 10, Tel. 25201. Geschäftszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Nr. 236. Dresden, Mittwoch den 9. Oktober 1918. 29. Jahrg.

In der Schwebe.

Kabinettswechsel in der Türkei. — Slawischer und ungarischer Selbstständigkeitsdrang.

Es ist zur Stunde noch nicht bekannt, ob der Reichskanzler heute schon im Besitz wichtiger Nachrichten über die Aufnahme seiner Note an Wilson ist. Der Reichstag hat am Montag meldete Reuters, daß der Schweizerische Gesandte in Washington dem Präsidenten Wilson die für ihn bestimmte deutsche Note überreicht hat. Ebenfalls ist die entsprechende Note Furlans erst Montag morgen durch den amerikanischen Gesandten dem Staatssekretär Lansing überreicht worden. Die Berichte über eine baldige Antwort Wilsons haben sich, wie für jeden ruhig Urteilenden von vornherein klar war, als falsch erwiesen. Auch bis Dienstag abend ist noch keine Antwort aus Washington zu erwarten. Es ist sicherlich damit zu rechnen, daß zunächst die telegraphischen Verhandlungen zwischen Wilson und den europäischen Entente-Regierungen mindestens einige Tage beizubehalten werden. Daher muß es gegenwärtig noch zweifelhaft sein, ob der Reichskanzler schon nächsten Sonnabend dem Reichstag ein abschließendes über die Absichten Wilsons mitteilen können.

Zu erkennen ist, daß die jetzige Reichsleitung ohne Verzug an die Maßnahmen herangeht, die zur Begründung der neuen Ordnung erforderlich sind. So hat der Bundesrat heute Dienstag einen Geheimgesetz entlassen, der das Kriegsbüreau die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1918 und den Artikel 21 der Reichsverfassung abändert. Er Geheimgesetz schafft die formale Voraussetzung des parlamentarischen Regimes, indem er die in die Regierung einwirkenden Reichstagsabgeordneten vor dem Verlust ihres Reichstagsmandat schützt und ihnen die Möglichkeit gibt, zu beratender Stimme an den Verhandlungen des Bundesrats teilzunehmen. Auch die Frage der Autonomie für die vier Ostprovinzen soll schnell zur Lösung gebracht werden. Der bisherige Statthalter von Ostpreußen ist nach Berlin berufen worden; er dürfte sich auf seinen Posten nicht mehr zurückziehen. Ob die Nachricht der franzurter Zeitung, daß der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hans zum Reichstagssekretär von Ostpreußen ernannt ist, zutreffend ist, läßt sich zur Stunde noch nicht feststellen.

Über die Aufnahme, die das Friedensangebot bei Wilson finden wird, lassen sich keinerlei sichere Voraussetzungen machen. Vorwiegend macht die Haltung der Pressestimmen über die Aufnahme des deutschen Friedensangebots im Auslande. Bei der Beurteilung der Pressestimmen ist, wie auch die Nord-Wg. zu beobachten, zu berücksichtigen, daß sie nicht ohne weiteres die Meinung der betreffenden Regierung wiedergeben. In den Pressestimmen der kriegsgegenwärtigen Staaten wahren allerdings die Haltung und das Geschick, aber auch die Willkür der Öffentlichkeit des Anbeters. Die chauvinistischen Blätter in London und Paris fordern, daß Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei sich bereitstellen müssen, die Waffen auszuliefern und die besetzten Gebiete von vornherein zu räumen. Andernfalls sei an Waffenstillstand und Friedensverhandlungen nicht zu denken. Auch in der amerikanischen Presse treten die übermächtigen Siegerforderungen stark hervor. Ob Wilson sich von diesen erregten Angriffen bestimmen lassen wird, steht dahin. Das deutsche Volk wird jedenfalls in ruhiger Fassung und Geduld abwarten, ob die Gegner nunmehr bereit sind, dem weiteren Untergang ein Ende zu machen oder ob sie es anders wollen. Die Regierungen drängen werden dabei nicht außer acht lassen dürfen, daß auch ihre Völker das Kriegsziel bis zum Ausreißten ertragen haben und von Begehr nach Frieden erfüllt sind.

Zur Frage, warum sich die deutsche Friedensnote nicht unmittelbar an alle kriegsführenden Mächte, sondern auf dem Wege über den Präsidenten Wilson an sie gerichtet hat, wird dem Vortrage geantwortet: Mit der Annahme des amerikanischen Programms hat die deutsche Regierung einen Schritt getan, dessen Bedeutung neben der politischen Seite auch darin liegt, daß damit der Persönlichkeit des Präsidenten Wilson ein Vertrauen votum weitestgehend der Art ausgesprochen worden ist. Dieses Vertrauen gilt der Aufrichtigkeit der deutschen Weitanwendung, die in den Rundergebnissen des Reichstages Wilson stets zum Ausdruck gekommen ist. Aus dieser Aufstellung erwächst die Erwartung, daß Herr Wilson das von ihm aufgestellte Prinzip Deutschland gegenüber in einer Weise einhalten wird, die sich aus seiner gerechten Anwendung ergibt und damit auch den Interessen unseres Volkes entspricht. Der Präsident hat immer zum Ausdruck gebracht, daß sein Programm als unteilbares Ganzes aufzufassen ist. Das Vertrauen, das das deutsche Volk zum Ausdruck bringt, läßt uns in Ruhe die Antwort erwarten.

Wilson und die Entente.

v. Baum, 8. Oktober.

Es ist in diesem Augenblicke außerordentlich wichtig, daran zu denken, daß die französische Presse sich in lebhaften Klagen, die

Gewaltige Schlacht zwischen Cambrai und St. Quentin entbrannt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Cambrai und St. Quentin ist die Schlacht von neuem entbrannt. Unter Einsatz gewaltiger Artilleriemassen und unter Zusammenfassung von Panzern und Fliegergeschwadern griff der Engländer im Verein mit Franzosen und Amerikanern unsere Front von Cambrai bis St. Quentin an. Auf dem nördlichen Angriffsfügel war der Ansturm des Feindes nach hartem Kampfe gegen Mittag weiltlich der von Cambrai auf Bohain führenden Straße gebrochen. In den Abendstunden sind hier erneute Angriffe des Feindes gescheitert. Zu beiden Seiten der in Richtung Le Chateau führenden Höhenstraße gelang dem Gegner ein tieferer Einbruch in unsere Linien. Wir gingen seinen Stoß in der Linie Salincourt-Gleincourt und weiltlich von Bohain aus. Auf dem Südfügel des Angriffs konnte der Gegner nur wenig Gelände gewinnen. Die südlich von Montorchain kämpfenden Truppen schlugen alle Angriffe des Feindes in ihrer vorderen Infanterieabteilung ab. Durch den Einbruch in der Mitte der Schlachtfeldfront in ihrer Flanke bedroht, mußten sie am Abend ihren Hügel an den Westrand von Tretony-le Grand zurücknehmen.

In der Champagne nahmen Franzosen und Amerikaner zwischen der Suippe und weiltlich der Aisne unter großer Kraftanstrengung ihre Angriffe wieder auf. Auch sie erstreckten nach aufgefundenen Befehlen erneut den Durchbruch durch unsere Front. Am anderen Ende von St. Etienne brach der Feind in unsere Linien ein. In den Nachmittagstunden angelegter Gegenangriff warf den Gegner hier wieder zurück. An der übrigen Front sind die Angriffe des Feindes völlig gescheitert. Verlorene Einbruchsstellen wurden im Gegenstoß wieder gesäubert. Teilangriffe an der Aisne und sehr heftige Angriffe der Amerikaner am Östrand des Argonner Waldes und im Aire-Tale wurden abgewiesen.

Auf dem Ostufer der Waas griff der Feind zwischen Prabsart und Oren nach starker Artilleriewirkung an. Der in den Wald von Konfenvoor eindringende Gegner wurde dort zum Stehen gebracht. An der übrigen Front schlugen wir ihn vor unseren Kampflinien ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*Dann folgende
Kampfbefehle
Hofft auf eine schnelle
Einigung zwischen
Prinz Paul und
Prinz Louisferdinand.*

Am Sonnabend keine Reichstagsführung.

Berlin, 9. Oktober. entgegen einer Zeitungsmeldung sind bisher über den Zeitpunkt des Wiederzusammentritts des Reichstages noch keine Bestimmungen getroffen worden.

Berlin, 9. Oktober. Wie wir hören, ist der Kriegsminister General der Artillerie v. Stein auf seinen Wunsch von seinem Amte als Staats- und Kriegsminister entbunden worden. Wladimir ist zum Chef des polenartillerie-Regiments Nr. 32 ernannt worden. Weiter seine weitere Verordnenung ist Bestimmung noch nicht getroffen. Zu seinem Nachfolger ist der Chef des Kriegsbüros, Generalmajor Scheuch, unter Beförderung zum Generalleutnant bestimmt.

von den Times aus dem Echo de Paris übernommen worden sind, darüber ergangen hat, daß die Vereinbarheit der Alliiertenpolitik bisher an der Weigerung Wilsons an dem politischen Kriegstakt teilzunehmen, gescheitert ist. Ein solcher politischer Akt existiert ja in Paris. Diese Weigerung ist kaum vierzehn Tage alt, und man kann ihre Bedeutung nur im Zusammenhang mit Wilsons daraus folgender Aufforderung an die Alliierten, ihre Kriegsziele darzulegen, richtig verstehen. Wilson will eben nicht nur der erste unter den Alliierten sein, sondern, wie er es stets gefordert hat, als „unparteilicher“ in die Friedensverhandlungen eintreten. In der Vorbereitung dieser Rolle ist Präsident Wilson durch die jetzigen deutschen Vorschläge geäußert worden. Man kann daraus folgern, daß Präsident Wilsons Antwort, wenn sie nicht ein hares Nein enthält, erst erfolgen wird, wenn die keineswegs unkomplizierte prinzipielle politische Auseinandersetzung, die ihm zum großen Teil mit seinen Bundesgenossen noch bevorsteht, kollaboriert ist. Es wird sich bei dieser Auseinandersetzung vor allen Dingen um die Selbstständigkeit Wilsons handeln. Die natürliche Feindschaft der Solidarität den Alliierten gegenüber aufgeben wird.

Amerikanische Vernichtungsstimmen.

tu. Amsterdam, 9. Oktober.

Reuters versendet die folgenden Pressestimmen über die deutsche Note aus Washington: Der New Yorker Herald schreibt: Es kann keinen Waffenstillstand und es kann keine Unterhandlungen geben, solange sich Deutschland vorher nicht bedingungslos unterwirft. Wir haben gerade den Krieg erst begonnen. Die Teilung ist erklärt: Wir haben eine Bedingung gestellt, nur eine, und die ist Gewalt. Gewalt bis zum äußersten. Gewalt ohne Ziel, und das ist das, was wir für immer das Ungeheuer vernichtet haben. Das uns keine blutige Hand hindert. Der Boston Herald ist der Meinung, daß nur die bedingungslose Übergabe die Tür öffnet, die zu wirklichen Friedensverhandlungen führt.

Roosevelt.

Kasserdam, 9. Oktober.

Das Aushort wird einem heißen Nachrichtenbüro telegraphiert: Präsident Roosevelt hat sich in einer Rede in Minneapolis für die Verwerfung der Friedensvorschläge des Prinzen Max von Baden ausgesprochen.

Dem Wg. Landeshl. wird aus London gemeldet, daß die Auffassung in Amerika, soweit sie bisher in London bekannt wurde, in keiner Hinsicht der Annahme eines Waffenstillstandes günstig sei.

Weitere Stimmen der englischen Presse.

wtb Rotterdam, 8. Oktober.

Die der kleine Rotterdamse Courant aus London meldet, nachdem die Daily News dem deutschen Angebot einen humanitären Artikel. Das Blatt hat gutem Grund zur Erklärung des Prinzen Max über die Richtung der neuen deutschen Politik und zur konstitutionellen Entwicklung und schreibt: Die erste Bedingung für Verhandlungen ist das Vorhandensein einer Regierung, die im Namen des Volkes sprechen und für jede getroffene Vereinbarung die Gültigkeit des Volkes geben kann. Prinz Max sagt, daß diese Bedingung erfüllt ist. Seine Worte sind geschickt gewählt. Wenn die Rede des Prinzen Max die Stimmung des deutschen Volkes widerspiegelt, so scheint es, daß das Ende erreicht worden ist. Besonders bedauerlich ist die Erklärung doppeldeutig, aber der Prinz hat das Wort Schadenbergstellung gebraucht. Das Wort bedeutet, daß die Alliierten sich über ihre Politik noch nicht geeinigt haben. Eine Erklärung über die gemeinsamen Kriegsziele ist eine geistliche Notwendigkeit.

Nach dem kleinen Rotterdamse Courant führt der Londoner Vertreter des Manchester Guardian von gutunterrichteter Seite, daß den deutschen Vorschlägen etwas Wesentliches fehle, nämlich die Versicherung, daß sie nicht auf der Friedenskonferenz dieselbe Veränderung durchzuführen wie sie ursprünglich zwischen den Parteien in Bruch. In einem Artikel nennt der Manchester Guardian dem Inhalt des Prinzen Max ein wichtiges Ereignis, das Wilson und die Alliierten zweifellos als solches behandeln würden. In seiner Betrachtung über die Antwort, die gegeben werden sollte, beginnt der Manchester Guardian mit der Erklärung, daß nichts geschehen sei, was Wilsons Meinung gegenüber der deutschen Regierung ändern könnte. An der Verfassung Deutschlands habe sich nichts geändert. Das Wort glaubt aber, daß die Alliierten mit ihrer Zustimmung zu Unterhandlungen nicht warten sollten, bis die ganze Regierungsmaschine in Betrieb sei.

Der Star schreibt: Wir können den Worten Deutschlands nicht glauben. Die Alliierten müssen feste Absichten für die behauptete Verringerung der deutschen Verfassung haben.

Daily Mail schreibt: Die deutsch-deutschen, mit Preußen und Österreich genau so zu verfahren wie mit Bulgarien. Wenn das deutsche Volk aufrichtig ist und die Alliierten zu bieten wünscht, die wir fordern, so können sie in zwei Worte gesagt werden: Bedingungslos Übergabe.

Die Times schreiben: Es wäre nötig, dem Vorschläge des Waffenstillstandes irgendwelche Bedeutung beizumessen. Die Deutschen wissen das. Dem ebenso wenig können Vorschläge des Prinzen Max aufhalten wie gewisse Teile des Strom des modernen Krieges. Das erkennen die österreichisch-ungarische Regierung im letzten Monat.

Morning Post schreibt: Wir müssen noch erfahren, worin der Nachlass des Prinzen Max von der Art der Österreich-Ungarn abweist, die von Präsident Wilson abgelehnt worden ist. Prinz Max wurde vom Kaiser und nicht vom Reichstag ernannt, und wenn er den Namen seines Herrn gebiert hat, wird er wie seine Vorgänger entlassen werden. Der Kaiser spricht für die deutsche Regierung die say nicht verändert hat. Sein Versuch, die neue oberflächliche Behandlung als demokratische Reform hinzustellen, ist zu handbreitlich. Deshalb vermag die Friedensnote die von Wilson aufgestellten Bedingungen nicht zu erfüllen. Ihr Ziel ist, einen Zwischenfall zwischen den Alliierten und den Vereinigten Staaten hervorzurufen. Wenn Deutschland seine Bereitwilligkeit erklärt, die Bedingungen anzunehmen, wie ihn von den Alliierten auferlegt werden, dann und nicht eher wird es den Frieden erhalten, den es verdient.

wtb. London, 8. Oktober.

Das Österreichische Bureau erzählt aus Kreisen der fremden Diplomaten, daß die Alliierten, die man dort habe, lassen der englischen Regierung entsprechen, nämlich, daß die größte Vorbedingung bei Überlegung der durch die Rede des deutschen Reichskanzlers gekennzeichneten Lage beantwortet werden müsse, bis viele Punkte klarer geworden seien, als sie mangels eines ernstlichen Berichtes Wilson zu liegen. Der Präsident habe seine Politik durch den Harzeigt und somit man schließen könne, folge des Prinzen